

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger
Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark
auschl. Zustellungsgebühr. Einzel-
nummern 15 Pf. Anzeigen werden
von allen Reichspostämtern ange-
nommen. Im amtlichen Zeitungsvor-
zeichnis unter Code-Zeitung einge-
tragen. Für unentgeltlich eingegan-
gene Manuskripte wird keine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Übereinstimmung der Redaktion ge-
statet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142
u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Laale-Zeitung

Dreizehntägiger Jahrgang.

Anzeigen
werden 6. Spalten 34 mm br. Milli-
meterzeile oder deren Raum mit
20 Pf. berechnet u. in unseren An-
nonnenstellen u. allen Anzeigen-
stellen angemessen. Bekannt-
gaben 12 Pf. Millimeterzeile 60 Pf.
Anzeigen-Annahmeschluss vom
11 Uhr, für die Sonntags-Ann. abds.
6 Uhr. Abdrückungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erschließungszeit: Halle. Erscheint
täglich 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leitung u. Haupt-Verwaltung: Halle,
Neue Promenade 14. Dr. Braun-
hauß. 17. Neben-Verwaltung:
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 333.

Halle, Sonnabend, den 19. Juli.

1919.

Die parlamentarische Hochflut.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Stettin. — Ende des Generalfreistrits und des Bürgerabwehrfreistrits.

Generalfreistrit und Bürgerfreistrit in Stettin beendet.

WTB. Stettin, 18. Juli. (Drahtnachricht.) In-
folge der Aufhebung des Belagerungszustandes und der
sonstigen Zugeständnisse der Regierung ist sowohl der
Generalfreistrit als auch der Bürgerfreistrit aufgehoben
worden. Seit heute nachmittag sind die Läden wieder
geöffnet. Die Straßenbahnen verkehren wieder wie
bisher. Das Wasserwerk ist seit gestern früh wieder
in Betrieb, nachdem es militärisch besetzt worden war.
Der Dampferverkehr nach den Seebädern wird morgen
früh wieder eröffnet.

Die Stettiner Verhandlungen.

WTB. Stettin, 18. Juli. Die Verhandlungen im Ober-
ersthof in Stettin am 17. Juli haben Uebereinstim-
mung der Vertreter der Zivil- und Militärbehörden mit
den Vertretern der Bevölkerung dahin ergeben, daß
gegenwärtig ein Grund zur Aufrechterhaltung des Belage-
rungszustandes in der Provinz genommen nicht besteht.
Die Kommission des Staatsministeriums, Unterstaatssekretär
Meyer und Arczinski, haben infolge dessen trotz der ihnen
erteilten Vollmachten namens der Staatsregierung den über
Teile der Provinz verhängten Belagerungszustand auf-
gehoben. Hierdurch entfallen die Maßnahmen, die auf Grund
des am 12. Juli verhängten vorläufigen Belagerungszu-
standes und der demgemäß ergangenen Verordnungen ergrif-
fen sind, in Sonderheit etwaige Verhaftungen. Es wird
ferner darauf hingewirkt werden, daß Verurteilungen auf
Grund des beseitigten Belagerungszustandes wegen politischer
Vergehen im Hinblick auf die Allgemeinheit eines Straf-
gesetzes nachgeprüft werden. Gleichzeitig ist im Einver-
ständnis mit den Vertretern des Generalfreistrits die Zusich-
erung gegeben worden, daß in Zukunft Maßnahmen von der
Behörden des Belagerungszustandes nicht ohne Zustimmung
der Zivilbehörden und im Benehmen mit den Vertretern der
Arbeiterfreistrit getroffen werden. Die Kommission ständen
sich hierzu um so eher entschließen zu können, als die Ver-
treter der Arbeiterfreistrit die sofortige Aufhebung des Generalfreistrits
angekündigt haben. Es wurde auch insbesondere vor-
genommen, daß nach dem Abschluß von Tarifverträgen
die beiden Parteien gebunden sind, jeden Tarifvertrag zu
vermerken und daß er namentlich während der Erntezeit ein
Bergehen gegen die Gesamtheit ist. Zur Überwachung der
Erfüllung der Tarifverträge und Schlichtung von Arbeits-
streitigkeiten werden unentgeltlich Schlichtungsausschüsse auf
Grund des Gesetzes vom 23. Dezember 1918 eingerichtet
werden, soweit es noch nicht geschehen ist. Den Landräten ist
es aufgegeben, über das diesbezügliche Veranlassen spätestens
bis zum 10. August zu berichten. Die Organisationen der Arbeit-
geber und Arbeitnehmer haben sich schon bei der Vorbereitungs-
zeit zu beteiligen. Der Bürgerfreistrit ist als beendet erklärt
worden.

Der Reichsbürgerrat an Roste.

Der Präsident des Reichsbürgerrats, Dr. Wessel (Ber-
lin), richtete anlässlich der pommerischen Streikbewegung an
den Reichsbürgerrat folgende Dringung:
Die vom sozialistischen Kapitalismus eingeleiteten frie-
den Streiks in Stettin und Stralsund werden unter anderen
Scheingründen auch durch die Maßnahme des Belage-
rungszustandes begründet. Aus dem jetzt den
bürgerlichen Abwehrfreistrit führenden Bürgerräten geht mir
die dringende Forderung zu, aus Nachsicht für
die Aufrechterhaltung des Belagerungszu-
standes mich einzusetzen. Ich darf mich zu dem
Ergeltnis dessen verheißt halten, daß auch regierungsgemäß
in allen Mitleiden die sich betätigenden neuen
Machtbeweise begegnet werden und vor
allen Dingen auch in der Durchführung des Belage-
rungszustandes allen regierungstreuen Staats-
bürgern der Schutz gewährleistet wird, auf
den sie ein volles Anrecht haben. Ich bitte daher,
unbedingt die getroffenen Maßnahmen aufrechtzuerhalten und
unangenehm durchzuführen, da jedes schwächliche Zurück-
weichen in den getroffenen Gegenmaßnahmen die Förderung
kommunistischer Verordnungen zur Folge haben wird.

An den Bürgerrat Stralsund.

Der Reichsbürgerrat richtete an den Bürgerrat Stral-
sund folgendes Telegramm:
„Ebenso wie in Stettin verfolgt der Reichsbürgerrat
auch in Stralsund in treuer Verbundenheit und Anteilnahme
den Abwehrkampf der Stralsunder Bürger-
schaft gegen den frieulichen Streit eines maßlos-
lichen sozialistischen Kapitalismus. Ein feiner Kraft
und seines Selbstbewusstseins wieder bewußt weider Bürgerum-
kehr und wird in Zukunft nicht mehr schweigend und lauen-
los diese militärischen Einschüchterungen unversöhnlichen
vollständigen Bekämpfung. Nach dem Inhalt.“

mung dem zielbewußten Bürgerum Stralsunds und volles
Gelingen dem noterzwungenen Abwehrstreit. Einigkeit macht
Kraft!

Der Präsident des Reichsbürgerrats,
Dr. Wessel.

Vom Aeltestenausschuß.

WTB. Weimar, 18. Juli. Der Aeltestenausschuß der Na-
tionalversammlung beschloß in seiner heutigen Sitzung, am
Dienstag die programmatischen Erklärungen des Ministerpräsi-
denten und des Reichsministers des Innern entgegenzunehmen
für den Fall, daß Aussicht besteht, die zweite Lesung des Ver-
fassungsentwurfs am Montag zu Ende zu bringen. Sollte nach
dem Gange der Verhandlungen diese Möglichkeit nicht ein-
treten, soll die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs unter-
brochen und bereits am Montag in die große öffentliche Ver-
sammlung eingetreten werden. Am Sonnabend werden lediglich
äußere Vorlagen zur Beratung liegen. Bei dem vorgedachten
Arbeitsprogramm der Nationalversammlung wird mit der Mög-
lichkeit einer Lesung bis Ende August gerechnet.

Der demokratische Jugendtag.

Berlin, 18. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Auf
dem demokratischen Jugendtag, der heute vormit-
tag um 10 Uhr unter dem Vorsitz des Redakteurs
Wiesner eröffnet wurde, kam es wiederholt zu heftigen
Auseinandersetzungen zwischen dem Führer der
Jugendvereine und den älteren Parteimitgliedern. Der
Vertreter einer Jugendorganisation, Dr. Weber, warf
dem Parteivorstand vor, daß er die Jugend wie in
einem Käfig einperren wolle. Die Jugend
wolle aber handeln und nicht nur ein bescheidenes Da-
sein führen. Dr. Frankfurt wies als Mitglied
des geschäftsführenden Ausschusses die Angriffe zurück
und betonte vor allem, daß an dem Parteipro-
gramm nicht gerüttelt werden dürfe. Die Partei
wolle allerdings die Anregungen der Jugend nicht
vergesen, denn die demokratische Partei sei unter
den Parteien die einzige zukünftige Partei.
Dr. Dr. wies darauf hin, daß die Jugend sich nicht be-
wußt sein müsse, daß es etwas allen Parteien Gemein-
sames gebe, und daß sie das Vaterland. Eine erregte
Geschäftsordnungsdebatte entspann sich, als Frank-
furt die Leitung des Jugendtages dem Vorwurf
der Schiebung machte, weil sie ihn einen anderen
Redner ohne sein Wissen vorgeschlagen habe. Dann
wandte sich Frank gegen den Mißbrauch des Wortes De-
mokratie. Die Surrenarrationen seien schon schlimm, aber
die Sozialdemokratie sei noch schlimmer.
Die Erregung Falck war so heftig, daß sich der Vor-
sitzende Wiesner veranlaßt sah, darauf hinzuweisen,
daß die Verhandlungen des Jugendtages in der
Leistungsfähigkeit stattfinden. Nach einer abermaligen
Geschäftsordnungsdebatte wurde über die Frage der Grün-
dung einer allgemeinen demokratischen Jugendorgani-
sation abgemittelt. Die Abstimmung ergab
ein Mehrheitsvotum für die Gründung des
Bundes demokratisch sozialistischer Jugend-
vereine. Ein Antrag auf sofortige Festsetzung der
Altersgrenze für den Eintritt in die Jugendorganisa-
tion wurde abgelehnt und die Sitzung um 12 Uhr auf
14 Uhr vertagt.

Eine Rede Clemenceaus.

WTB. Versailles, 18. Juli. Vor dem Friedensaus-
schuß der Kommissar behandelte Clemenceau gestern die
Frage der militärischen Sicherheiten für Frankreich am
linken Rheinufer und erklärte, Marshall Foch habe
vorgeschlagen, Brückenköpfe am Rhein zu er-
richten, die von den Entente-Truppen gehalten
werden sollten. Er betonte, daß der Überbereichhaber der
alliierten Armeen jede mögliche Freiheit gehabt habe,
sich zu erklären, sei es perfidius oder färschlich, und daß
er sich vor dem Biererrat, vor der Konferenz und vor
dem Ministerrat ausgesprochen habe. Daß, was der
Friedensvertrag vordie, genüge für Frankreichs Sicher-
heit selbst ohne Brückenköpfe, die Frankreich schließlich
selbst hätte besetzen müssen und die auch politische und
militärische Schwierigkeiten nach sich gezogen haben
würden. Nach seiner Ansicht gebe die vorgeschene mili-
tärliche Hilfe Englands und Amerikas im Falle einer
deutschen Herausforderung Frankreich genügend Sicher-
heit. Wenn diese Sicherheiten schon im August 1914
vorhanden gewesen wären, wäre es nach seiner Mei-
nung nicht zum Kriege gekommen. Die Sicherheit
sei so groß, daß Frankreich durch Geleie die
militärische Dienstzeit auf ein Jahr herabsetzen
könne. Der Ministerpräsident erklärte sich schließlich
dabei, die beiden höchsten Briefe, sowie den Text des
Einpruches, den Marshall Foch am 6. Mai in der Voll-
ziehung der Friedensbedingungen hinsichtlich der militäri-
schen Bestimmungen des Friedensvertrages erhoben
habe, dem Ausschuß zur Verfügung zu stellen. Cle-
menceau wies darauf hin, daß die Verantwortlichkeit der Friedens-

konferenz auszuliefern. Die beiden letzteren Mittei-
lungen brüht der „Matin“ im Anschluß an den amt-
lichen Bericht über die gestrige Sitzung, aber mit einer
Zusatznote von etwa zehn Zeilen, und Clemenceau
Schluß wörter der Abgeordnete Marin und Clemenceau
scharf zusammengefaßt, weil Clemenceau auf ver-
schiedene Fragen militärischer und finanzieller Art nicht
habe antworten wollen. Clemenceau habe erklärt: Ich
habe mich mit allen Ihren Kollegen, die zu mir gekom-
men sind, in meinem Kabinett unterhalten. Ich habe
Ihnen nichts verheimlicht. Als Chef der Regierung
habe ich nach der Verfassung die Pflicht, Verträge abzu-
schließen und sie im Parlament zu vertreten. Ich habe
meine Pflicht getan, tun Sie die Ihrige! Nachdem Cle-
menceau die Ausschüßsitzung verlassen hatte, berichtete
Mons. Beaunard über die deutschen Kolonien. Die franzö-
sische Regierung hat beschlossen, bis Jahresflasse 1908
der Marine ab 30. Juli, die Jahresflasse 1910 vom 10.
bis 20. August, die Jahresflasse 1911 vom 20. bis
30. August zu entlassen.

Zum Fall Mannheim.

WTB. Berlin, 18. Juli. (Drahtnachricht.) Die Antwor-
tungen der deutschen Regierung auf die Note des Reichsamt
wegen der Lösung des Streitgegenstandes Mannheim ist bereits abge-
gangen. In dieser Antwort wird darauf hingewiesen, daß
einigen Teilen der französischen Presse aufgestellten Forderungen
insbesondere die Forderung wegen Einleitung des Unter-
suchungsverfahrens gegen die Leiter und wegen der Leber
nachdem der Rollen der Beurteilung bereits vor Eintrag der
französischen Note zur Genüge gesehen ist. Die für die
Familie des Getöteten beantragte Entschädigung ist, obwohl
eine Rechtsverpflichtung nicht besteht, aus Entgegenkommen
zugestanden worden. Dagegen lehnt die deutsche Regierung
die verlangte Verhaftung der Stadt Berlin mit einer Buße von
einer Million Mark als völlerrechtlich unbegründet ab. Für
den Fall, daß sich die französische Regierung hierin dem
deutschen Rechtsstandpunkt nicht anschließt, ist Deutschland
bereit, diese Frage einem gemischten Schiedsgericht zu unter-
breiten.

v. Lersner deutscher Geschäftsträger in Frankreich.

WTB. Paris, 18. Juli. (Kont.) Sahbamtlich ver-
lautet, daß von Lersner zum deutschen Geschäftsträger in Frank-
reich ernannt worden sei. An diesem amtlichen Stellen ist über
über nichts bekannt.

Deutsche Nationalversammlung.

In seinen weiteren Ausführungen sagte der Abg.
Schulz:

Der Grundgedanke des Kompromisses ist Freiheit im Denken
und in der Betätigung, keinerlei Bergewaltigung der
Eltern und Erziehungsbedürftigen durch einen Mehrheits-
beschluss. Für uns Sozialdemokraten kommen in der Schul-
frage drei wichtige Grundgedanke in Frage: die Weltlichkeit,
die Einheitslichkeit und vor allen Dingen die Einbeziehung der
Arbeit in den Plan und Geist der Erziehung. Wir haben
sie nicht restlos durchsetzen können. Aber wir sind schon
damit zufrieden, daß wenigstens das Prinzip festgelegt worden
ist. Zum Schluß wendet sich Schulz gegen die Anträge der
Unabhängigen und empfiehlt die Annahme des Schulkom-
promisses. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Gröber (Str.): Wir haben uns im Ausschuß
einmütig für die soziale Einheitschule

ausgesprochen. Bezüglich des Religionsunterrichts ist es schon
im Ausschuß gelungen, eine Lösung zu finden, die wir als eine
ausreichende und genügende anerkennen vermocht haben.
Die zwei übrigen Hauptfragen, Konfessionalität der Schule
und Brückenschulen, dagegen sind erst durch das Kompro-
miss eine Lösung eingeleitet worden, der wir zustimmen
in der Lage sind. Möge es uns gelingen, die Schule auf die
Höhe zu bringen, die die Grundlage für die Wiebergeburt
des deutschen Volkes sein muß. (Lebhafter Beifall im
Saalraum.)

Abg. Seyfert (Dem.): Ziel unserer Erziehung muß die
Stärkung der isolierten und der Staatsgewinnung sein. Die
Etablismenten, die ungerichtet und unmaßstäblich
genesen ist, muß fallen und auch für den Armen, Tüchtig-
gen die Bahn frei gemacht werden. Wir treten dafür ein.

den Volksschullehrern die Wege zur höheren Bildung
freizumachen (Beifall links). Das Schulkompromiss hat zu
unserm größten Bedauern die Wirtschaft der kantigen
Gemeinschaftslehre gebildet. Wir lehnen für uns Etablis-
ment die Verantwortung ab und betonen gleichzeitig, daß wir
unsere Auszubildenden als sich selbst empfinden
haben. (Zuruf bei den Dem. Nicht unsere Schuld!)

Abg. Lamb (Dm.): Wir sind der alten Schule dankbar
für den Geist, in dem sie uns erzogen hat. Bedauere man die
Schule nicht mit zu viel Aufgaben. (Sehr richtig! riefen.)
Das Kompromiss ist unmaßstäblich. Wir halten die unpräzise
Regierungsentscheidung für halber, das Kom-

promittiert für eine Verschlechterung. Es bedeutet die Verkrümmung des einheitlichen nationalen Schulwesens.

Abg. Jol. (Str.): Die Verfassung sieht die achtjährige Schulpflicht vor. In der Richtung wären Erleichterungen bezug. Uebergangsbestimmungen zu treffen. Auch die Ausdehnung des Fortbildungsschulunterrichts bis zum 18. Jahre ist nicht notwendig.

Unterhausleiter Schul: Die Fortbildungsschulpflicht muß, wenn natürlich auch mit aller Schonung, durchgeführt werden. Zweifel über den Begriff des Erziehungsberechtigten dürfen nicht bestehen. Die Frage wird aufgeschoben werden. Eine staatliche Einheitschule werden wir nicht haben, so lange der Charakter des gesamten Reiches nicht einheitlich ist. Eine staatliche Gemeinschaft gibt es nicht, weil eine geistige Gemeinschaft der Art nicht besteht. Was wir erstreben, ist eine Verbindung zwischen Schule und Elternhaus herbeizuführen und damit auch den Kampf zwischen Eltern und Lehrern ein für allemal aus der Welt zu schaffen. (Beifall.)

Am 12 Uhr wird die weitere Beratung auf 4 Uhr vertagt.

Nachmittags-Sitzung.

Am Regierungstisch: Dr. David, Dr. Preuß, Roske, Dr. Well. Vizepräsident Schumann eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 10 Minuten. Die Beratung über den Verfassungsentwurf wird bei dem Kapitel

„Bildung und Schule“

fortgesetzt. Abg. Beermann (D. Vpt.): Ueber die Kompromißlösung haben alle Redner gesagt, daß durch sie ein Kampf um das Gebiete der Schule entbrennen müßte. Die Regierung erklärte allerdings, daß das Kompromiß den Kampf entzünden würde. Wir aber glauben, daß keine Verschärfung die Folge ist. Wir freuen dafür ein, daß die Befürworter und die Simultanschulen, wie sie geschichtlich begründet sind, erhalten bleiben. Wir würden wünschen wir aber, daß alle Parteien auf einem gemeinsamen Boden an dem Schulaufbau arbeiten. Es ist gegeben mit der Erziehung zum Deutschum in festem Sinne. (Beifall.)

Abg. Kunze (M. S.): Wir verlangen volle Einheitschule, Unentgeltlichkeit und Volksschule der Schule. Was uns die Vorlage auf dem Wege zu diesem Ziele bringt, ist

nichts weiter, als ein Bröckchen.

als eine winzige Abflugszahlung. Die Sozialdemokratie ist stets für die Volksschule der Schule eingetreten, und heute ist die Mehrheitssozialdemokratie drauf und dran, dieses Prinzip preiszugeben und die Schule an das Zentrum zu verlagern. (Sehr richtig! bei den Anab.)

Abg. Dr. Philipp (D.): Das Schulkompromiß wird nicht das Ende des Schulkampfes, sondern der

Anfang eines neuen Schulkampfes

sein, der in die Schule hineingetragen wird. Auf die Notwendigkeit des staatsbürgerlichen Unterrichts auf volkstümlicher Grundlage hat zuerst Kaiser Wilhelm II. hingewiesen, aber dieser Gedanke ist jetzt im Sinne der Revolution umgekehrt worden. (Beifall.)

Abg. Dr. Ruppe (Dem.): Das Kompromiß ist juristisch unklar. Das ist ein großer Fehler des Kompromisses, daß es nicht die konstitutionelle Verfassung herbeiführt, sondern vom ersten Tage an die Konfessionen scheitert. (Beifall bei den Dem.)

Abg. Frau Wlos (Soz.): Die weltliche Schule, um die wir jetzt kämpfen, ist infolge des Schulkompromisses möglich geworden. Wichtig ist die Mitwirkung der Erziehungsberechtigten. Darin liegt gerade der Fortschritt der Pädagogik.

Abg. Rheinländer (Str.): Die neue Schule wird Freude an der Arbeit wecken und pflegen. Die Kirche erhält wieder den Einfluß, der ihr von Rechts wegen gebührt, soweit er sich mit dem neuen Staatsgeist verträgt. Wir glauben an unsere Zukunft, und die Schule wird das Beste dazu tun.

Abg. Ragenstein (Soz.): Verwunderlich ist die Angst gerade der Demokraten vor der Einheitschule. Wenn der Demokrat dies und jenes an dem Kompromiß nicht mißfällt, so haben sie doch kein Recht zu Vorwürfen gegen ihn. Die Demokraten haben sich in der schwersten Stunde unseres Volkes der politischen Verantwortung entzogen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Abg. Saale (U. S.): Die Herren Mehrheitssozialisten geben von dem Erfurter Programm ein Stück nach dem anderen preis. Dieses Kompromiß bedeutet eine glatte Unterwerfung unter das Zentrum. Was Sie hier treiben, ist nichts weiter, als daß Sie den Geist der Finsternis wieder aufleben lassen. (Beifall bei den Unabhängigen.)

Abg. Solmann (Str.): Die Konfessionsschule soll nicht der Maßstab sein, sie soll die Verhöhnung predigen. Abg. Woll (Dem.): Sie (zu den Sozialdemokraten) haben das Kompromiß wieder fallen lassen, das im Anschluß unter Mitwirkung sämtlicher Parteien zustande gekommen ist, weil eine andere Parteigruppierung einsetzte, und weil das Zentrum in sehr kurzer Zeit die Situation ausgenutzt hat, um noch mehr Zugeständnisse für sich herauszuholen. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Bei der Erstellung, die wir zur Friedensfrage einnehmen, konnten wir nicht in der Regierung bleiben. Das wäre eine unzureichende Unmündigkeit und eine politische Charakterlosigkeit gewesen. (Sehr richtig! und Zustimmung bei den Demokraten.)

Damit schließt die Besprechung. Vor der Abstimmung 3. Amnestie.

Abg. Ruppe (Dem.) die Beschlußfähigkeit. Der Namensvorschlag ergibt die Anwesenheit von 218 Mitgliedern. Das Haus ist also beschlußfähig.

In der Abstimmung wird zunächst der Antrag Feing, in der Ueberschrift des Abkommens statt „Bildung und Schule“ zu setzen: „Bildung und Erziehungswejen“ abgelehnt.

Die Artikel 139 (Freiheit von Kunst, Wissenschaft und Lehre), 140 (öffentliche Bildungsanstalten), 141 (Staatsaufsicht) und 142 (allgemeine Schulpflicht) werden in der Ausfertigung angenommen.

Zur Abstimmung Ragenstein mit der Ergänzung zu Artikel 142, daß nicht nur in den Volksschulen, sondern auch in den Fortbildungsschulen Unterricht und Lehrmittel unentgeltlich sind.

Die Artikel 143-146 werden in der Fassung des Kompromisses nach dem Antrage Ragenstein gegen die Stimmen der beiden rechtsstehenden Parteien, der Demokraten und der Unabhängigen angenommen.

Alle übrigen Änderungsanträge werden abgelehnt. Nachdem schließlich Artikel 147, der den Denkmalschutz bestimmt, angenommen ist, wird die weitere Beratung vertagt.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte einigt sich das Haus auf Beendigung der Verfassungsberatung am Montag und Dienstag.

Die große politische Aussprache beginnt am Mittwoch mit den Reden der Minister. Nächste Sitzung Sonnabend 9 1/2 Uhr: kleinere Vorlagen. Schluß 8 1/2 Uhr.

Preussische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 18. Juli. Vizepräsident Frenkel eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Zur zweiten Beratung steht der Entwurf zur Aufhebung der Ortschulinspektoren.

Abg. Dr. Forst (Zr.): Wir sind mit der Aufhebung einverstanden, falls der Einfluß der Kirche auf die Schule in anderer Weise gewahrt bleibt.

Abg. Frau Auerbach (M. S.): Wir leben in dem Glauben, daß eine Abschlagszahlung auf dem Wege zur freien Schule.

Abg. Freiliger von Wangenheim (Wespe) äußert sich im Sinne von Dr. Forst.

Paragrah 1, Aufhebung der Ortschulinspektoren, wird einstimmig angenommen.

Paragrah 2 ermächtigt die Aufsichtsbahörden, die Geschäfte der bisherigen Ortschulinspektoren auf andere Behörden oder Fachleute zu übertragen. Dazu liegen die von Dr. Forst angeführten Anträge vor. Sie fordern die Begründung von Schulberatern, bestehend aus Eltern, Lehrern und Geistlichen, und ferner die Ernennung der den Religionsunterricht erteilenden Geistlichen zu Mitgliedern des Lehrerkollegiums.

Abg. Westmann-Königsberg (Soz.): Wir stellen in der Schlußfrage an unseren Grundgedanken fest. (Anrufe im Zr.)

Abg. Rimpel (Dem.): Wir sind gegen die Anträge.

Abg. Solmann (D. Vpt.): Wir stimmen für den Schulratsantrag des Zentrums. (Stört, hört! links.)

Paragrah 2 und der Rest des Gesetzes wird unter Ablehnung der Anträge in der Ausfertigung angenommen.

Darauf wird die Vorlage in dritter Lesung und in der Gesamtabstimmung gegen das Zentrum und einen Teil der Rechten angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfes zur vorläufigen Regelung verschiedener Punkte der Gemeindeverfassungsgesetzes, Neuwahlen der Gemeindeverordnete, Amtsleiter usw.

Die Vorlage wird im Ganzen angenommen. Anträge zur Förderung des Volkshochschulwesens gehen an den Ausschussauswahlschuss.

In zweiter und dritter Beratung angenommen wird der Gesetzentwurf zur Förderung der Gewerkschaften von 1913, ebenso in der Gesamtabstimmung.

Darauf wird die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Abg. Dr. Weidig (D. Vpt.): Ich wundere mich, daß weder der Minister, noch seine Kommissare hier sind. Das Ministerium scheint also den Verhandlungen der Landesversammlung keine sehr hohe Bedeutung beizumessen.

Die heutige Koalitionserklärung scheint nur das System zu haben, Ministerien nach einem gewissen Verhältniß zu verteilen. Was ein Minister in der Regierung kann, nicht die Rede sein. Das ist in der Regierung anarchie. Auch die Uebereinstimmung der Politik in Preußen und im Reich ist in die Brüche gegangen. Da nach der Notverordnung die vollziehende Gewalt ausschließlich der Landesversammlung zusteht, so existieren Arbeiter- und Soldatenräte für uns nicht. Der Minister ist also auch gar nicht in der Lage, irgendbwo Kommunale Arbeiterräte zu gestatten. Um die zwangsmäßiglichen Vorrichtungen kümmern sich vielfach weder Publikum noch Behörde. Wir stehen mitten im Zerfall unseres bis zum 9. November noch so festgefühten Staatslebens. Die Regierung hat die Pflicht, mit allen Mitteln Ordnung zu erhalten. Auch wir erkennen an, daß in der Veranlassung weitgehende Demokratisierung Platz greifen muß. Aber wir wollen Bedenktes erhalten, insbesondere auch die Ehrenämter in der Selbstverwaltung. Die allgemeine Wehrpflicht ist eine demokratische Pflicht, die Sie preisgeben haben. (Rufe links: Es war hohe Zeit!) Originalität fehlt der Regierung vollständig bis auf das Zerfall und Zertrümmern. Was soll man dazu sagen, daß diese souveräne Verammlung bis jetzt noch keine offizielle Kadrezahl davon hat, daß in den nächsten Tagen große Teile Preußens mit 6 Millionen Einwohnern aus ihrem Staatsverband ausscheiden. Der Wiederaufbau Deutschlands ist nur möglich, wenn Sie sich endlich der internationalen Gedanken entschlößen. (Beifall rechts.)

Es tritt eine Pause bis 7 1/2 Uhr ein. Schluß 5 1/2 Uhr.

Entschädigung der Offiziere.

WTB. Berlin, 18. Juli. (Drahtnachricht.) Der Nationalparlamentarium hat die Entwürfe eines Gesetzes über die Entschädigung der Offiziere, die gezeugen sind, auf Grund der Verminderung der Wehrmacht aus dem Meer und der Marine und der Schwabrunge auszuliefern und eines ebenjohlichen Gesetzes für die Unteroffiziere und Gemeinen, soweit die Kapitulationen angingen. Für eine angemessene Uebersetzung sollen die ausgesetzten Offiziere während der Kriegszeit im wesentlichen gleichgestellt werden. Im wesentlichen leben die Gezeugen während der Kriegszeit unter: Für die Kapitulationen: a.) Für die Kapitulationen nach einer aktiven Dienstzeit von mindestens 12 Jahren eine laufende monatliche Entschädigung

auf die Dauer von zwei Jahren, für Kapitulationen mit einer Dienstzeit auf die Dauer eines Jahres. Die monatliche geringere Entschädigung beträgt für Berechnete 300 Mark, für Unerberechneten 200 Mark. b.) Ferner für alle Kapitulationen einen einmaligen Betrag von 300 Mark für die Befreiung und Unterhaltung ihrer Familien. c.) Kapitulationen von 7 bis 12 Jahren Dienstzeit erhalten eine Geldentschädigung und zwar bis vollendete sieben Jahre je 1000 Mark, für jedes weitere vollendete Dienstjahr je 400 Mark mehr. (Der ausführliche Bericht folgt in der heutigen Nachmittagsausgabe.)

In Holland wird am 21. Juli gearbeitet

WTB. Amsterdam, 18. Juli. Laut „Telegraaf“ wird sich die niederländische Gewerkschaftsvereingung an dem geplanten Demonstrationstreich am 21. Juli nicht beteiligen.

Kein allgemeiner Streik in Frankreich.

WTB. Amsterdam, 18. Juli. (Drahtnachricht.) Wie der Telegraaf aus Paris meldet, hat die Allgemeine Arbeiterverband mit Rücksicht auf die Opposition des Personals der öffentlichen Dienste, besonders der Angestellten der Eisenbahnen, der Metropolitan und der Postbeamten beschlossen, daß bei öffentlichen Diensten nicht an dem allgemeinen Streik am 21. Juli teilnehmen sollen.

Freier Handel zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet.

Koblenz, 18. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der Koblenzer Vertreter des Neu Herz Herald meldet: An die Bevölkerung des besetzten Gebietes wurde eine Bekanntmachung erlassen, worin der freie Handel zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet mit gewissen Einschränkungen gestattet wird. Die Einfuhr von Waffen in das besetzte Gebiet ist verboten. Ebenso werden die Bestimmungen bezüglich des Kohlentransportes nicht geändert. In Trier, Koblenz und Saarbrücken sind die Lebensmittelpreise infolge der harten Zufuhre vielfach um 10 Prozent gefallen.

Eine Teilprovinz Westpreußen...

Thorn, 18. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Nach hiesiger geläufigster Ansicht besteht bei den Westpreußer Reichsteilen die Absicht, eine Reichsprovinz unter dem alten geschichtlichen Namen Westpreußen weiterbestehen zu lassen, zu deren Bildung außer den westpreussischen Kreisen Deutschkrone, Katow, Silesien noch Teile von Pommern, sowie das deutschlebende Gebiet der Provinz Polen verwendet werden.

Die Danziger wollten ihr Schwimmbad behalten.

WTB. Berlin, 18. Juli. Nach Mitteilungen aus Danzig sollte das Schwimmbad der Reichswehr nach Kiel abgehoben werden. Die Arbeiter weigerten sich, die dazu nötigen Arbeiten auszuführen, verlangten die Zurücknahme des Befehls zum Abriss und drohten mit der Verhinderung des Docks. Da man auf den Abrissversuch besarrte, erfolgte die Verlesung.

Immer noch Kämpfe an der polnischen Front.

WTB. Berlin, 18. Juli. Wie wir hören, ist es an der deutsch-polnischen Front nicht zur völligen Einstellung der Kampfhandlungen gekommen. Täglich unternehmen polnische Patrouillen starke Vorstöße gegen die Demarkationslinie. Die deutsche Bevölkerung im besetzten Gebiet ist in täglich wachsender Masse den Schikanen der Polen ausgesetzt. Der Föbel verlegt alle Deutschsprechenden. Die polnische Regierung duldet offen diese Deutschfeindschaft.

Das deutsche Eigentum in Belgien.

WTB. Amsterdam, 18. Juli. Laut „Telegraaf“ hat der belgische Sozialistenführer und Minister van der Velde auf eine Anfrage des Brüsseler „Soit“, was mit dem Eigentum der Deutschen in Belgien gesehen solle, wenn der Friede katastrophal sei, erwidert, daß der deutsche Grundbesitz, wie z. B. die riesigen Wälder von Aachen, in den Besitz des belgischen Staates übergehe. Das kleinere Eigentum werde seinen deutschen Besitzern zurückgegeben werden.

Nicht arbeitsfähige Friedensauschüsse.

WTB. Versailles, 17. Juli. Mehrere Wälder melden, daß einzelne Ausschüsse der Friedenskonferenz nicht arbeitsfähig sind, weil Präsident Wilson von der Adresse der amerikanischen Vertreter angewiesen habe, die Siege den Ausschüssen, auf die American Warship habe, freizulassen. Wie der amerikanische Senat den Friedensvertrag ratifiziert habe, Wilson vertrete den Standpunkt, daß jeder Vorbehalt, den der Senat mache, einer Ablehnung des Friedensvertrages gleich komme.

Ein amerikanischer Senator gegen den Völkerverbund

WTB. Amsterdam, 18. Juli. Englischen Wäldern vom 18. Juli zufolge meldet Reuter aus Washington: Der Republikaner Norris hat im Senat eine Rede gegen den Völkerverbund gehalten, in der er erklärte, Japan habe von Großbritannien, Frankreich, Italien und Rußland im August 1917 geheime Zusicherungen bezüglich Schantung erhalten. Der britische Völkerverbund von Tokio verpackt Japan im Februar 1917 im Austausch für Japans Unterwerfung die britischen Ansprüche auf gewisse Inseln im Stillen Ozean und die Unterstützung seiner Ansprüche auf Schantung. Frankreich lagte eine ähnliche Unterwerfung von Japan dem Abbruch der Beziehungen zwischen China und Deutschland auf. Norris lagte, die Ratifikation des Völkervertrages würde eine derartigste Entscheidung über die Schantungfrage werden, die schwärzeste Seite der Geschichte des amerikanischen Volkes sein.

Umbau des britischen Kabinetts.

WTB. Rotterdam, 18. Juli. Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge hat Bonar Law dem Unterhaufe mitgeteilt, daß beschafft werde, die Zusammensetzung des Kabinetts zu ändern. Ein bestimmtes Datum wäre er dafür noch nicht angeben.

Neue Deutsch-Osterreichische Note an die Entente.

WTB. Et. Germain, 17. Juli. Die deutsch-österreichische Friedensdelegation überreichte der Friedenskonferenz eine Note, die den Vorschlag begründet, der Friede möge geschlossen werden, daß die Grenzen und die völkerechtliche Stellung Deutsch-Osterreichs sowie die Bedingungen des Friedens zwischen Deutsch-Osterreich und den kriegerischen

